



Neuregelung der Vergabe von Kitaplätzen: Verbesserung erreicht! Ziel: künftig Qualität statt einfach nur „funktionieren“

Bereits dreimal befasste sich der Ausschuss für Jugend, Kultur und Sport des Gemeinderates Vechelde in den ersten Wochen d.J. mit der geplanten Neufassung der „Kindertagesstätten-Vergabesatzung“. Ein im Grundsatz unverständliches Regelwerk sollte der Verwaltung weitgehende Freiheiten geben, Kinder auf die Einrichtungen möglichst einfach zu verteilen. Insbesondere war nicht vorgesehen, Geschwisterkinder vorrangig gemeinsam in einer Einrichtung unterzubringen oder einen Wechsel der Einrichtung beim Übergang von der Krippe in den Kindergartenbereich zu vermeiden.

Gemeinsam wurden unzumutbare Regeln verhindert!

Natürlich gab es seitens der Eltern sofort Protest. Nachdem Mitglieder der CDU-Fraktion hierzu angesprochen wurden, haben wir das Thema aufgegriffen



Foto: Pixabay.com (gemeinfrei)

und die Situation mit Mitgliedern aus dem Gemeindeelternrat erörtert. Die Forderung nach der Berücksichtigung von Geschwisterkindern bzw. der Verbleib in der Einrichtung beim reinen Übergang von der Krippe in den Kindergarten war

nachvollziehbar. So hat die CDU-Fraktion (zusammen mit der Fraktion der Grünen) die Forderung der Eltern in den abschließenden Diskussionen unterstützt.

Am Ende konnte dann gegen die Verwaltung bzw. die SPD-Fraktion erreicht werden, dass zumindest der Vorrang für Geschwister bei der Platzvergabe in die Satzung aufgenommen wurde.

Diskussion = Symptome tieferliegender Ursachen?

In den Gesprächen wurde von Eltern immer wieder erwähnt, dass sie bestimmte Einrichtungen für die Kinderbetreuung bevorzugen würden, da hier „gefühl“ die Betreuung der Kinder besser sei. Auch fehlten Informationen über Gruppen- bzw. Tagesstrukturen sowie Bildungsziele in den Einrichtungen.

Kinderbetreuung ist mehr als „Anmelden, Abgeben, Abholen und Bezahlen“

Kindertagesstätten bzw. deren Betreiber haben nach dem Gesetz einen umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag für die betreuten Kinder. Die konkrete Ausgestaltung ist aber den Trägern überlassen. Viele Kommunen haben aus dieser Verpflichtung heraus Betriebskonzepte und Qualitätsstandards entwickelt und veröffentlicht. Hier können Eltern nachlesen, wie die Kinderbetreuung organisiert ist und welche pädagogische Ausrichtung gegeben ist.

Natürlich kostet so etwas Aufwand. Es hat auch den Nachteil, dass manches seitens der Eltern kritisch hinterfragt werden kann. In Vechelde gilt anscheinend weiterhin: Kinderbetreuung muss einfach nur funktionieren nach dem Motto: „Anmelden, Abgeben, Abholen und Bezahlen“.

Betreuung: Kinder- bzw. Elternorientierung nötig

Wir als CDU-Gemeindeverband bzw. Ratsfraktion werden künftig darauf dringen, dass das Erziehungs- und Bildungsangebot der Vechelder KiTa's durch Betriebskonzepte und Qualitätsstandards transparent wird und im Dialog zwischen Eltern, Erziehern und Verwaltung laufend weiterentwickelt wird.

Eisberg voraus: Eine Nachbetrachtung zum Thema Pflege beim Braunkohlessen

Thema des Braunkohlessens v. 14.02.2018 war das Thema „Pflege“. Rednerin war Frau Petra Joumaah (MdL, Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit). Zusammengefasst kann festgestellt werden, dass wir als Gesellschaft bzgl. der Betreuung / Pflege alter Menschen vor sehr großen Herausforderungen stehen.

Es wird immer schwieriger werden als pflegebedürftiger Mensch würdevoll in einer Einrichtung zu leben. Grund sind fehlende Pflegekräfte und daraus resultierend Betreuung nach der Stopp-Uhr. Es fehlen vielerorts auch Konzepte und Strukturen, um einen Heimaufenthalt möglichst lange zu umgehen.

Zu diesem Thema haben wir vom Gemeindeverband eine kleine Umfrage gemacht. Hieraus zeichnet sich folgendes Bild ab: Sorge sowie (dringenden) Handlungsbedarf gibt es bzgl. fehlender Mobilität im Alter (Einkaufen, Arztbesuche u.ä.).

Gleich dahinter kommt die Sorge bzgl. der Bezahlbarkeit von Pflegeleistungen bzw. Angst, dass man als pflegebedürftige Person und den derzeitigen Pflegekonzepten (Personalknappheit) vereinsamt.

Umfassend werden wir in der nächsten gedruckten Ausgabe des ZeitZeichens (voraus. Juni) informieren.

Gedanken zur Ortsumgehung Groß Gleidingen



In der CDU-Fraktion wurde Anfang Januar der Antrag formuliert, dass die Gemeindeverwaltung im Zusammenhang mit dem interkommunalen Industrie- und Gewerbegebiet am Beddinger Übergabebahnhof auch eine Ortsumgehung für Groß Gleidingen einschließend einer Überführung über die Bahnlinie fordern soll.

Hohe Verkehrsbelastung nicht nur in Gr. Gleidingen

Eigentlich ist die Verkehrsbelastung der K57 zwischen der B1 und Beddingen schon heute so groß, dass für Groß Gleidingen eine Umgehungsstraße gerechtfertigt ist. Im Grunde wäre der Verkehr noch erheblich stärker, wenn nicht (bedingt durch den häufig geschlossenen Bahnübergang) viele ortskundige Fahrer alternativ über Vechelde – Vallstedt – Alvesse fahren würden. Deutlich wird das u.a. an den langen Schlangen in der Köchinger Str. vor der Ampel während des Berufsverkehrs.

Im Gespräch ist zudem, die Taktung der Regionalverbindung Braunschweig – Hannover auf 30 Minuten (derzeit 1 Stunde) zu verkürzen.

Sollte dann das Gewerbegebiet eingerichtet werden, wird eine weitere deutliche Zunahme des Verkehrs sowohl durch Groß Gleidingen als auch durch die anderen Ortschaften zu verzeichnen sein.

Verwaltung und SPD-Fraktion lehnen Antrag ab da (angeblich) nicht machbar?

Der Antrag für eine Ortsumgehung wurde dann am 30.01.2018 im Umwelt- und Planungsausschuss diskutiert. Trotz entsprechender Sachargumente war die SPD-Fraktion nicht zu überzeugen, diesen Antrag zu unterstützen.

Neben den Kosten wurden insbesondere technische Schwierigkeiten ins Feld geführt

- Brücke zu lang (10 Gleise sind zu überspannen)
- Wird sehr hoch (bis 11 m über Gleisbett) und verschandelt die Landschaft

Ich gehe davon aus, dass es in Deutschland genügend gute Ingenieure gibt, die hier helfend tätig werden und ein gut in die Landschaft passendes elegantes Brückenbauwerk entwerfen können.

Jedes Windrad verschandelt m.E. die Landschaft schlimmer als eine gut geplante Brücke.

Natürlich ist es auf Grund der örtlichen Gegebenheiten (Niederung, Feuchtgebiet) nicht ganz einfach, dieses Vorhaben zu realisieren, aber machbar ist es allemal.

Kosten, aber auch sehr hohe Steuereinnahmen!

Zu den Baukosten: Kostenträger ist der Landkreis Peine bzw. auch das Land Niedersachsen. Zu beteiligen wären aber hauptsächlich die eigentlichen Nutznießer der Gewerbefläche, die Städte Braunschweig und Salzgitter. Auch die Deutsche Bahn, die Erträge aus dem zusätzlichen Bahnverkehr erwirtschaftet, kann nicht außen vor bleiben. Zudem stehen Fördermittel aus diversen Fonds zur Verfügung

Letztendlich werden durch diese Gewerbeansiedlung nach Fertigstellung **jährlich** insgesamt Steuern im mittleren zweistelligen Millionenbereich eingenommen; mehr als die Baumaßnahme insgesamt kosten wird.

Politik für die Gemeindekasse;

Bürgerinteressen nachrangig?

Ausschlaggebend für die Ablehnung durch die Verwaltung und SPD-Fraktion ist lt. den Äußerungen im Rahmen der Diskussion wohl der Verlust an potentiellem Bauland durch den Straßenbau östlich der Ortschaft. Dessen Ertrag für die Gemeindekasse dürfte im 2stelligen Millionenbereich liegen.

Antrag (zunächst) zurückgezogen; Kontakt zu Landtagsabgeordneten Oliver Schatta (CDU)

Am Ende der Diskussion haben sich die Vertreter der CDU-Fraktion entschlossen den Antrag zurückzuziehen und das Angebot der SPD-Fraktion anzunehmen: hiernach wird, sobald sich die Planungen konkretisieren, seitens der Verwaltung das Verkehrskonzept zum Gewerbegebiet angefordert und öffentlich diskutiert.

Parallel wurde beim Braunkohlessen mit Oliver Schatta vereinbart zeitnah zur Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie in kleinem Kreis das weitere Vorgehen zu besprechen.



Die Peiner Stahlwerkbrücke, ein vergleichbares Brückenbauwerk in der Nähe (Foto: eigene Aufnahme):

Die Peiner Stahlwerkbrücke ist insgesamt 455 Meter lang. Die Länge der Stahlverbundbrücke beträgt 296 Meter und die der Fachwerkbrücke 159 Meter. Die maximale Höhe der Fahrbahn über dem Gelände beträgt etwa 10,80 Meter.

Diese Brücke mit anschließender Umgehungsstraße entlastet das Stadtgebiet Peine nachhaltig vom Durchgangsverkehr. Von den Gesamtkosten (17 Mio. €) entfielen auf den Landkreis Peine rd. 6 Mio.